Inhalt:

Reinhold Robbe besucht den Betrieb Tennie S. 01
Ursachen von Kriminalität bekämpfen S. 02
10. Jugendbericht S. 05
Arbeitslose verschwinden aus Arbeitslosenstatistik S. 05
Ergebnis der Bundestagswahl in Papenburg S. 05
Angst um den Arbeitsplatz S. 06
Demonstration von Erzieherinnen vor dem Rathaus S. 07

August 1998

Klaus Tennie schuf sich zweites Standbein

SPD-Politiker um Reinhold Robbe besuchten Elektromaschinenbetrieb „mit Tradition"

Papenburg (kö) Hochachtung und Anerkennung sprach das SPD-Mitglied des Deutschen Bundestages Reinhold Robbe bei seinem Besuch der Betriebe „Elektromaschinen B. Tennie" und „Tauch-Sport-Zentrale K. Tennie" dem Inhaber beider Firmen, Klaus Tennie, aus. Robbe bewunderte den unternehmerischen Mut des 56jährigen, der sich durch den Bau einer Tauchschule im vergangenen Jahr ein weiteres Standbein geschaffen hat.

Warum sollen immer nur große Betriebe besichtigt werden? räumte SPD-Politiker Peter Raske ein. Auch viele Kleinbetriebe haben Probleme und Anliegen, die Aufmerksamkeit verdienen. Hierin sieht Reinhold Robbe seine besondere Pflichtaufgabe. Er wolle als Ansprechpartner jederzeit zur Verfügung stehen.

Wie die Politiker erfuhren, beschäftigt der Betrieb „Elektromaschinen B. Tennie" derzeit 15 Mitarbeiter, darunter zwei Auszubildende zum Elektromaschinenbauer.

Klaus Tennie hatte im Jahr 1978 zusammen mit seiner Frau Christel die Firma seines Vaters übernommen. „Es ist zwar ein kleiner Betrieb, aber er hat Tradition", betonte Tennie, denn die Gründung gehe bereits ins Jahr 1933 zurück. Sein Vater Bernhard, gelernter Elektromaschinenbauer, sei zuerst in der Landwirtschaft tätig gewesen, berichtete Tennie. Als ihn ein Landwirt gebeten habe, einen defekten Elektromotor zu reparieren, sei der Grundstock für den Aufbau der noch heute bestehenden Firma gelegt worden. Seither habe sich der Familienbetrieb – außer Klaus Tennie sind auch seine Frau Christel, Tochter Tanja und Sohn Tjark im Unternehmen eingespannt – zunehmend im hiesigen Raum und auch über die emsländischen Grenzen hinaus etablieren können.

Zum Aufgabenfeld zählt unter anderem die Instandsetzung von Drehstrommotoren, Gleichstrommotoren und Transformatoren. „Technisch und räumlich (800 Quadratmeter) sind wir in der Lage, Reparaturen von 0,05- bis 600-Kilowatt-Aggregaten durchzuführen", so Tennie.

Darüber hinaus hat Klaus Tennie auch seine Leidenschaft – das Tauchen – zum Beruf gemacht. Neben einer großen Palette von Tauchinventar, das Tennie anbietet, führt der erfahrene Tauchlehrer auch selbst Tauchkurse durch – seit dem vergangenen Jahr in eigenen Räumlichkeiten. Diese beherbergen sowohl Schulungsräume für die Tauchtheorie als auch ein 90000 Liter fassendes, zwölf mal vier Meter langes und drei Meter tiefes Schwimmbad für die Praxisübungen inklusive Saunabetrieb.

Die Kombination beider Betriebe sei zwar mit viel Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden, berichtete Tennie in Gegenwart der Politiker, doch stehe eine große Leidenschaft dahinter. „Statt des sonntäglichen Frühschoppens mache ich das Schwimmbad sauber, und es bereitet mir viel Spaß", erzählte der leidenschaftliche Taucher.

DEN FAMILIENBETRIEB „Elektromaschinen B. Tennie" und die „Tauch-Sport-Zentrale K. Tennie" besuchten die SPD-Politiker um Reinhold Robbe. Foto: Köhler

Ems-Zeitung 03.08.1998

VERBRECHEN UND URSACHEN VON KRIMINALITÄT BEKÄMPFEN

Mit dem Positionspapier zur inneren Sicherheit setzte die Bundes-SPD ein richtungweisendes Signal, dass die Verbrechensbekämpfung mit Hilfe von Polizei und Justiz zwar wichtig war, dass aber die Bekämpfung der Ursachen gleich-gewichtig daneben stehen müsste. Die Bekämpfung der Ur-sachen durch eine Politik der Gerechtigkeit und Chancen, der Hilfe für die Familien oder auch der Bildungspolitik wurde von der CDU völlig vernachlässigt. Deshalb war auch die Sorge vor Kriminalität so groß.

Der öffentliche Streit bei der Kinder- und Jugendkriminalität, auf geschlossene Heime zu setzen, war keine Lösung. Viel wichtiger war, dass der Staat - das Jugendamt und das Vor-mundschaftsgericht - mit dem ihm vom Grundgesetz aufgege-benen Wächteramt lange vorher eingreifen musste, bevor Polizei und Justiz zuständig wurden. Dafür brauchte man kaum Gesetzesänderungen. Vielmehr hatten Jugendämter zu wenig Zeit und Geld. Die auswärtige Unterbringung wurde als zu teuer angesehen. Gute Heime wie z.B. die Johannesburg mit der nötigen Rundumbetreuung hatten ihren Preis. Das war auch ein Problem im Emsland, wo versucht wurde, mit niedrigschwelligen Hilfen Kosten zu sparen. Es gab aber12- bis 14-jährige, bei denen man schon absehen konnte, dass sie delin-quent werden könnten unter anderem deshalb, weil sich zu Hause niemand um sie kümmerte. Da musste rechtzeitig geholfen und eingegriffen werden. Es müssten alle Behörden rechtzeitig zusammenarbeiten. Kinder brauchten Erziehung, Chancen und Zukunft. Und wenn sie wegliefen, müsste die pädagogische Betreuung auch dadurch ermöglicht werden, dass es vorübergehend geschlossene Türen vorfindet und am Weglaufen gehindert wird. Entscheidend aber war, dass Geld und Zeit für die Betreuung vorhanden waren.

Solche Angebote wären finanzierbar. Auch die Hilfen für Familien wären es, die später vielleicht Jugendkriminalität verhüten könnten. Das würde sich schon mittelfristig rentieren, denn auch in Bayern kostet ein einziger Tag Jugendstrafvoll-zug um die 200,- DM. Wenn man den ganzen Justiz- und Polizeiapparat zurechnete, gälte der Grundsatz: Jede Mark, die frühzeitig in Kinder, ihre Chancen und ihre Erziehung inves-tiert wird, spart später das fünfache im Bereich von Polizei, Gericht und Strafvollzug.

Im Bereich der Jugendkriminalität wurde viel zu wenig getan, obwohl die Probleme lange bekannt waren. Es wurde einseitig auf Strafhöhe und Strafrahmen gesetzt, während die Bekämp-fung der Ursachen und die Schaffung einer vernünftigen Ge-meinschaft mit Werten, die jungen Leuten gerechte Chancen gibt, vernachlässigt wurde. Es ging mehr um öffentliche Sensationshascherei als um die Behebung von wirklichen Defiziten bei der Umsetzung von Gesetzen und in der Ursachenbekämpfung.

Ursachen bekämpfen wie das Verbrechen

Versäumnisse beim Jugendamt

Papenburg

Mit dem Positionspapier zur inneren Sicherheit setzt die Bundes-SPD nach Auffassung des sozialpolitischen Sprechers, Peter Raske, ein richtungweisendes Signal, daß die Verbrechensbekämpfung mit Hilfe von Polizei und Justiz zwar wichtig ist, daß aber die Bekämpfung der Ursachen gleichgewichtig daneben stehen muß.

Die Bekämpfung der Ursachen durch eine Politik der Gerechtigkeit und Chancen, der Hilfe für die Familien oder auch der Bildungspolitik sei von der CDU völlig vernachlässigt worden, so Raske. Deshalb ist auch die Sorge vor Kriminalität gerade heute so groß.

Peter Raske weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der verkürzte öffentliche Streit bei der Kinder- und Jugendkriminalität allein über geschlossene Heime zu kurz greift. Viel wichtiger sei, daß der Staat, sprich das Jugendamt und das Vormundschaftsgericht, mit dem ihm vom Grundgesetz aufgegebenen Wächteramt lange vorher eingreife, bevor Polizei und Justiz zuständig werden. „Dafür brauchen wir kaum Gesetzesänderungen", heißt es in der Pressemitteilung. Die SPD im Emsland setzte auf die Einrichtung von Präventionsräten in Städten und Gemeinden und fordert die Beschäftigung von mehr Jugendpflegern. Vielfach hätten Jugendämter heute zuwenig Zeit und Geld. Die auswärtige Unterbringung werde als zu teuer angesehen, gute Heime hätten aber ihren Preis. Im Mittelpunkt dürften nicht die Kosten, sondern der junge Mensch stehen.

Raske: „Es gibt 14jährige, bei denen man absehen kann, daß sie straffällig werden, weil sich zu Hause niemand um sie kümmert." Da müssen alle Behörden rechtzeitig zusammenarbeiten. Leider habe das Jugendamt des Landkreises seinen gesetzlichen Auftrag, einen Jugendhilfeplan zu erstellen, mit dem eine solche Zusammenarbeit auch mit den Trägern der Jugendhilfe und Verbänden besser geregelt werden könnte, seit 1990 versäumt.

Nach Auffassung von Peter Raske sei im Bereich der Jugendkriminalität viel zu wenig getan worden, obwohl die Probleme lange bekannt gewesen seien. Statt einseitig auf Strafhöhe und Strafrahmen zu setzen, müßte die Bekämpfung der Ursachen, die Schaffung einer vernünftigen Gemeinschaft mit Werten, die jungen Leuten gerechte Chancen gibt, in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken. Bisher gehe es mehr um öffentliche Sensationshascherei als um die Behebung von wirklichen Defiziten bei der Umsetzung von Gesetzen und in der Ursachenbekämpfung. Das müsse sich ändern.

Ems-Zeitung 07.08.1998

Diskussion um innere Sicherheit

SPD fordert: Auch Ursachen von Kriminalität bekämpfen

Mehr Jugendpfleger beschäftigen / Einrichtung von Präventionsräten

PAPENBURG. Mit dem Positionspapier zur inneren Sicherheit setzt die Bundes-SPD nach Auffassung des sozialpolitischen Sprechers, Peter Raske, ein richtungsweisendes Signal, daß die Verbrechensbekämpfung mit Hilfe von Polizei und Justiz zwar wichtig ist, daß aber die Bekämpfung der Ursachen gleichgewichtig daneben stehen muß.

Die Bekämpfung der Ursachen durch eine Politik der Gerechtigkeit und Chancen, der Hilfe für die Familien oder auch der Bildungspolitik wurde von der CDU völlig vernachlässigt. Deshalb ist auch die Sorge vor Kriminalität gerade heute so groß.

Peter Raske weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der verkürzte öffentliche Streit bei der Kinder- und Jugendkriminalität allein über geschlossene Heime völlig zu kurz greift. Viel wichtiger ist, daß der Staat, sprich das Jugendamt und das Vormundschaftsgericht, mit dem ihm vom Grundgesetz aufgegebenen Wächteramt lange vorher eingreift, bevor Polizei und Justiz zuständig werden.

Dafür brauchen wir kaum Gesetzesänderungen. Die SPD im Emsland setzt auf die Einrichtung von Präventionsräten in Städten und Gemeinden und fordert die Beschäftigung von mehr Jugendpflegern. Vielfach haben Jugendämter heute zuwenig Zeit und Geld. Die auswärtige Unterbringung wird als teuer angesehen, gute Heime wie z. B. Johannesburg mit der nötigen Rundumbetreuung haben ihren Preis.

Das ist auch ein Problem im Emsland, wo versucht wird mit niedrigschwelligen Hilfen Kosten zu sparen. Alleiniges Kriterium für die Wahl der Hilfeform dürfen in der Jugendhilfe jedoch nicht die Kosten sein. Im Mittelpunkt muß immer der junge Mensch stehen.

Es gibt aber 12- bis 14jährige, bei denen kann man schon absehen, daß sie delinquent werden können, unter anderem deshalb, weil sich zu Hause niemand um sie kümmert. Da muß rechtzeitig geholfen und eingegriffen werden. Da müssen alle Behörden rechtzeitig zusammenarbeiten. Leider hat das Jugendamt des Landkreises seinen gesetzlichen Auftrag, einen Jugendhilfeplan zu erstellen, mit dem eine solche Zusammenarbeit auch mit den Trägern der Jugendhilfe und Verbänden besser geregelt werden könnte, seit 1990 versäumt.

Peter Raske: „Kinder brauchen Erziehung, Chancen und Zukunft. Und wenn sie, was auch vorkommt, ständig weglaufen, muß pädagogische Betreuung, die Arbeit mit dem Kind auch dadurch ermöglicht werden, daß es vorübergehend geschlossene Türen vorfindet und am Weglaufen gehindert wird".

Der Wecker 09.08.1998

Sozialdemokrat Raske: Verbrechen und Ursachen von Kriminalität gleichermaßen zu bekämpfen /Prävention

SPD mahnt Jugendhilfeplan des Kreises an

Papenburg. Mit dem Positionspapier zur inneren Sicherheit setzt die Bundes-SPD nach Auffassung des sozialpolitischen Sprechers, Peter Raske, ein richtungsweisendes Signal, daß die Verbrechensbekämpfung mit Hilfe von Polizei und Justiz zwar wichtig ist, daß aber die Bekämpfung der Ursachen gleichgewichtig daneben stehen muß. Die Bekämpfung der Ursachen durch eine Politik der Gerechtigkeit und Chancen der Hilfe für Familien, aber auch die Bildungspolitik habe die CDU völlig vernachlässigt. „Deshalb ist auch die Sorge vor Kriminalität gerade heute so groß", sagte Raske.

Der SPD-Politiker weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der verkürzte öffentliche Streit bei der Kinder- und Jugendkriminalität allein über geschlossene Heime völlig zu kurz greift. Viel wichtiger sei, daß der Staat, sprich das Jugendamt und das Vormundschaftsgericht, mit dem ihm vom Grundgesetz ausgegebenen Wächteramt lange vorher eingreift, bevor Polizei und Justiz zuständig werden. Dafür bräuchte es kaum Gesetzesänderungen.

Vorbeugen

Die SPD im Emsland setze auf die Einrichtung von Präventionsräten in Städten und Gemeinden und fordere die Beschäftigung von mehr Jugendpflegern. Vielfach hätten Jugendämter heute zuwenig Zeit und Geld. Die auswärtige Unterbringung werde als zu teuer angesehen, gute Heime wie zum Beispiel die Johannesburg mit der nötigen Rundumbetreuung hätten jedoch ihren Preis. „Das ist auch ein Problem im Emsland, wo versucht wird, mit niedrigschwelligen Hilfen Kosten zu sparen. Alleiniges Kriterium für die Wahl der Hilfeform dürfen in der Jugendhilfe jedoch nicht die Kosten sein. Im Mittelpunkt muß immer der junge Mensch stehen", betonte Raske.

Es gebe aber zwölf- bis 14jährige, bei denen man schon absehen könne, daß sie delinquent werden. Unter anderem deshalb, weil sich zu Hause niemand um sie kümmere. Da müsse rechtzeitig geholfen und eingegriffen werden. Leider habe das Jugendamt des Landkreises seinen gesetzlichen Auftrag, einen Jugendhilfeplan zu erstellen, mit dem eine solche Zusammenarbeit auch mit den Trägern der Jugendhilfe und Verbänden besser geregelt werden könnte, seit 1990 versäumt, so der Sozialdemokrat.

In Kinder investieren

„Kinder brauchen Erziehung, Chancen und Zukunft. Und wenn sie, was auch vorkommt, ständig weglaufen, muß die pädagogische Betreuung, die Arbeit mit dem Kind auch dadurch ermöglicht werden, daß es vorübergehend geschlossene Türen vorfindet und am Weglaufen gehindert wird", sagte Raske.

Das alles kostet Geld, sei aber vertretbar. Es würde sich schon mittelfristig rentieren, denn ein einziger Tag koste im Jugendstrafvollzug um die 200 Mark. Wenn man den ganzen Justiz- und Polizeiapparat zurechne, gelte der Grundsatz: Jede Mark, die frühzeitig in Kinder, ihre Chancen und ihre Erziehung investiert werde, spare später das Fünffache im Bereich von Polizei, Gericht und Strafvollzug.

Nach Auffassung von Peter Raske ist im Bereich der Jugendkriminalität viel zu wenig gemacht worden, obwohl die Probleme lange bekannt sind. Statt einseitig auf Strafhöhe und Strafrahmen zu setzen, müsse die Bekämpfung der Ursachen, die Schaffung einer vernünftigen Gemeinschaft mit Werten, die jungen Leuten gerechte Chancen gibt, in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken. Bisher ginge es mehr um öffentliche Sensationshascherei als um die Behebung von wirklichen Defiziten bei der Umsetzung von Gesetzen und in der Ursachenbekämpfung.

Sonntags Report 09.08.1998

Forderung nach einem zweiten Arbeitsmarkt

Raske: Zu viele Langzeitarbeitslose

Emsland

„Wie die jüngsten Arbeitslosenzahlen im Emsland zeigen, bleiben trotz günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen vergleichsweise hohen Wachstums und boomender Exportindustrie nachhaltige Verbesserungen am Arbeitsmarkt aus." Dies hat die SPD Emsland kritisert. Gleichzeitig werde deutlich, daß die Verbesserungen im Juni nicht auf die Eigenkräfte des Marktes zurückzuführen gewesen seien, sondern auf den stärkeren Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie z. B. ABM. Auch werde die Zahl der Arbeitslosen durch die vom neuen Arbeitsförderungsrecht geregelte Verpflichtung, eine Arbeitslosmeldung alle drei Monate zu erneuern, nach unten verfälscht.

Aber auch, wenn die Arbeitslosenzahl im Frühherbst saisonbedingt leicht zurückgehen sollte, wird es nach Auffassung von Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der SPD, daß es einen durchgreifenden und dauerhaften Prozeß, der Deutschland nachhaltig von dem hohen Arbeitslosensockel herunterbringt, nicht geben. Hinzu komme schließlich, daß einige zehntausend Arbeitslose durch die Umstellung des Meldeverfahrens vorübergehend außerhalb der statistischen Zählweise blieben.

Besonders inakzeptabel aber sei, daß binnen Jahresfrist die Langzeitarbeitslosigkeit um weitere drei Prozentpunkte zugenommen habe und nun über 1,5 Millionen Menschen betreffe. Zwar hätten die Zahlen im Emsland einen leicht gegenläufigen Trend, aber 4654 Langzeitarbeitslose im Arbeitsamtsbezirk Leer und 4621 im Arbeitsamtsbezirk Nordhorn seien einfach zu viele. Deshalb seien hier besondere Maßnahmen ebenso wie bei der Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit dringend geboten. Die SPD im Emsland fordere den Einstieg in den zweiten Arbeitsmarkt durch den Aufbau eines gemeinwirtschaftlichen Sektors. Die Einführung eines Kombilohns kann nach Auffassung von Peter Raske das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit nicht lösen.

„Es ist absurd, daß wir mehrere Millionen Menschen fürs Nichtstun bezahlen, sie in Abhängigkeit vom Staat bringen, obwohl die Pflege der lokalen Einrichtungen in sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht geradezu nach Arbeit schreit", so die SPD. Ein auf die ganze Republik ausgedehnter, gemeinwirtschaftlicher Beschäftigungssektor könnt eine Vielzahl unterschiedlicher Betätigungsmöglichkeiten bieten, so Raske.

Ems-Zeitung 13.08.2014

Jugendamt sehr aktiv im Präventionsbereich

Vorwürfe der emsländischen SPD zurückgewiesen

Meppen

Ob bei den Kontrollen im Jugendschutzbereich, mit kreativen Jugendprojekten, im Rahmen der Familienhilfe oder in den Präventionsräten – das Jugendamt des Landkreises Emsland agiere vielfältig und aktiv, um die Erziehung der jungen Menschen zu begleiten und so der Jugendkriminalität bereits an der Wurzel entgegenzuwirken. Ein Sprecher der Keisverwaltung wies damit die Kritik von Peter Raske, dem sozialpolitischen Sprecher der SPD im Emsland, zurück, der das Jugendamt für gesellschaftliche Entwicklungen und indirekt auch für die hohe Kriminalität verantwortlich sehe.

Raske mache das Jugendamt zu Unrecht für generelle Entwicklungen haftbar, die nur gesamtgesellschaftlich zu sehen und zu verantworten seien, so der Landkreis. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten handele die Behörde effektiv und präventiv. Die Bedürfnisse der jungen Menschen bildeten dafür den Maßstab.

Notwendige Maßnahmen scheiterten nicht an Zeit oder Geld, auch nicht daran, daß kein gutachterlicher Jugendhilfegesamtplan erstellt worden sei, betonte der Sprecher. Vielmehr stehe die individuell erforderliche und persönliche Hilfeplanung im Vordergrund. Dazu gehöre auch, daß Heimunterbringungen nur als letzte Möglichkeit in Betracht kämen, denn in vielen Fällen zeigten sich Unterbringungen in anderen Familien oder ambulante familienunterstützende Hilfen als die angemessenen Lösungen.

Daß die Bekämpfung von Ursachen und wirklichen Defiziten die Handlungsschnur des Landkreises ausmache, zeige sich nicht zuletzt daran, daß er gerade erst zwei Millionen DM für ein zusätzliches Aktionsprogramm mit den lokalen Arbeitsämtern bereitgestellt habe. Damit könnten alle Verantwortlichen hilfreich und sinnstiftend Arbeit und Qualifizierung für bedürftige Jugendliche beschaffen. Die Kritik wertete die Verwaltung als „ungerechtfertigt" und angesichts des großen präventiven Engagements des Landkreises als „fehl am Platz".

Ems-Zeitung 15.08.2014

Vorwürfe der emsländischen SPD zurückgewiesen

Kreis: „Jugendamt sehr aktiv in Prävention"

Meppen. Ob bei den Kontrollen im Jugendschutzbereich, mit kreativen Jugendprojekten, im Rahmen der Familienhilfe oder in den Präventionsräten - das Jugendamt des Landkreises Emsland agiere vielfältig und aktiv, um die Erziehung der jungen Menschen zu begleiten und so der Jugendkriminalität bereits an der Wurzel entgegenzuwirken. Ein Sprecher der Kreisverwaltung wies damit die Kritik von Peter Raske, dem sozialpolitischen Sprecher der SPD im Emsland, zurück, der das Jugendamt für gesellschaftliche Entwicklungen und indirekt auch für die hohe Kriminalität verantwortlich sehe - der *SR* berichtete.

Raske mache das Jugendamt zu unrecht für generelle Entwicklungen haftbar, die nur gesamtgesellschaftlich zu sehen und zu verantworten seien, so der Landkreis. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten handele die Behörde effektiv und präventiv. Die Bedürfnisse der jungen Menschen bildeten dafür den Maßstab.

Notwendige Maßnahmen scheiterten nicht an Zeit oder Geld; auch nicht daran, daß kein gutachterlicher Jugendhilfe-Gesamtplan erstellt worden sei, betonte der Sprecher. Vielmehr stehe die individuell erforderliche und persönliche Hilfeplanung im Vordergrund. Dazu gehöre auch, daß Heimunterbringungen nur als letzte Möglichkeit in Betracht kämen, denn in vielen Fällen zeigten sich Unterbringungen in anderen Familien oder ambulante familienunterstützende Hilfen als die angemessenen Lösungen.

Daß die Bekämpfung von Ursachen und wirklichen Defiziten die Handlungsschnur des Landkreises ausmache, zeige sich nicht zuletzt daran, daß er gerade erst zwei Millionen Mark für ein zusätzliches Aktionsprogramm mit den lokalen Arbeitsämtern bereit gestellt habe. Damit könnten alle Verantwortlichen hilfreich und sinnstiftend Arbeit und Qualifizierung für bedürftige Jugendliche beschaffen. Angesichts des großen präventiven Engagements des Kreises sei Raskes Kritik ungerechtfertigt.

Sonntags Report 16.08.1998

Jugendamt aktiv im Präventionsbereich

Vorwürfe der emsländischen SPD zurückgewiesen

EMSLAND. Ob bei den Kontrollen im Jugendschutzbereich, mit kreativen Jugendprojekten, im Rahmen der Familienhilfe oder in den Präventionsräten - das Jugendamt des Landkreises Emsland agiere vielfältig und aktiv um die Erziehung der jungen Menschen zu begleiten und so der Jugendkriminalität bereits an der Wurzel entgegen zu wirken. Ein Sprecher der Kreisverwaltung wies damit die Kritik von Peter Raske, dem sozialpolitischen Sprecher der SPD im Emsland, zurück, der das Jugendamt für gesellschaftliche Entwicklungen und indirekt auch für die hohe Kriminalität verantwortlich sehe.

Raske mache das Jugendamt zu Unrecht für generelle Entwicklungen haftbar, die nur gesamtgesellschaftlich zu sehen und zu verantworten seien, so der Landkreis. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten handele die Behörde effektiv und präventiv. Die Bedürfnisse der jungen Menschen bildeten dafür den Maßstab.

Notwendige Maßnahmen scheiterten nicht an Zeit oder Geld, auch nicht daran, daß kein gutachterlicher Jugendhilfe-Gesamtplan erstellt worden sei, betonte der Sprecher. Vielmehr stehe die individuell erforderliche und persönliche Hilfeplanung im Vordergrund. Dazu gehöre auch, daß Heimunterbringungen nur als letzte Möglichkeit in Betracht kämen, denn in vielen Fällen zeigten sich Unterbringungen in anderen Familien oder ambulante familienunterstützende Hilfe als die angemesseneren Lösungen.

Daß die Bekämpfung von Ursachen und wirklichen Defiziten die Handlungsschnur des Landkreises ausmache, zeige sich nicht zuletzt daran, daß er gerade erst zwei Millionen Mark für ein zusätzliches Aktionsprogramm mit den lokalen Arbeitsämtern bereit gestellt habe. Damit könnten alle Verantwortlichen hilfreich und sinnstiftend Arbeit und Qualifizierung für bedürftige Jugendliche beschaffen.

Die Kritik wertete die Verwaltung als ungerechtfertigt und angesichts des großen präventiven Engagements des Landkreises als fehl am Platz.

General Anzeiger 17.08.1998

September 1998

EMPFEHLUNGEN DES 10. JUGENDBERICHTS BEGRÜSST

Die SPD im Emsland begrüßte den 10. Kinder- und Jugendbericht als eine umfassende und fundierte Analyse der Lebenssituation von Kindern in Deutschland. Die Empfehlungen dienten dem Ziel, Kindern in unserer Gesellschaft positive Lebensbedingungen zu erhalten oder zu schaffen.

Die SPD unterstützte die Zielsetzung der Kommission, die Beschreibung der Lebenssituation der Kinder in umfassende gesellschaftliche Entwicklungen einzubetten. Vor dem Hintergrund neuralgischer Punkte, die das Aufwachsen der Kinder belasten, müssten sich die Leistungsfähigkeit der Hilfen bewähren und weiterentwickeln.

Der Bericht zeichnete den bedrückenden Anstieg der materiellen Notlagen sowie der sich verschärfenden sozialen Problemkonstellationen, mit denen Kinder und Familien konfrontiert waren, eindrucksvoll nach.

Die Kommission erkannte zwar an, dass die Jugendhilfe erhebliche Anstrengungen unternommen hatte, trotz des zunehmenden Kostendrucks ihr Hilfe- und Dienstleistungsangebot verstärkt zielgruppen- und bedarfsorientiert auszudifferenzieren. Gleichzeitig bemängelte sie aber zu Recht, dass die Jugendhilfepraxis noch nicht genügend auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten bestimmter Zielgruppen eingerichtet wäre. Genannt wurde die mangelhafte Versorgung von ländlichen Regionen und sozialen Brennpunkten. Bei der Ausgestaltung der Angebote unterstrich die Kommission, dass dem Gesichtspunkt der Partizipation der Betroffenen zukünftig ein wesentlich größeres Augenmerk zu schenken wäre. Hier wäre nicht nur die Kreativität der Träger von Jugendhilfeeinrichtungen gefragt. Vor allem die kommunale Jugendhilfeplanung müsste hier die notwendigen Vorgaben machen und Entwicklungsperspektiven eröffnen. Peter Raske mahnte in diesem Zusammenhang erneut den fehlenden Jugendhilfeplan des Emslandes an.

Mit Blick auf die vielfältigen problematischen Begleit- und Folgeerscheinungen der gesellschaftlichen Umbrüche verwies die Kommission darauf, dass die Jugendhilfe sehr schnell an ihre Grenzen geführt würde, wenn sie nicht finanziell besser abgesichert und durch sozialpolitische Maßnahmen flankiert würde. Die SPD unterstrich die Forderung der Expertenkommission nach einer kommunalen Armutspolitik, die das gesamte Lebensumfeld der Familien berücksichtigte. Ein emsländischer Armutsbericht, der von der CDU abgelehnt wurde, könnte Grundlage dafür sein.

VIELE ARBEITSLOSE KOMMEN IN DER STATISTIK NICHT VOR

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im letzten Jahr ließ die Arbeitsmarktentwicklung rosiger erscheinen als sie tatsächlich war. Viele Arbeitslose verschwanden aus der Statistik, ohne einen Job gefunden zu haben.

Zu Beginn des Jahres wurde die Arbeitslosenstatistik erneut geändert mit der Folge, dass sich die Arbeitslosigkeit rein rechnerisch um 53.000 Arbeitslose reduzierte. So war die Meldepflicht erneut verschärft worden und nur noch jene wurden als arbeitslos gemeldet, die weniger als 15 Stunden wöchentlich arbeiteten. Früher lag diese Grenze bei 18 Stunden. Rund ein Fünftel des Rückganges der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr ging nach einer Analyse des DGB auf rein statistische Änderungen zurück. Zugleich erhöhte sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten stark, was zu einer statistischen Reduzierung der Arbeitslosenquote 1998 führte. Ohne diese Effekte würde die Arbeitslosenquote der abhängig Beschäftigten nach den Berechnungen des DGB bei 12 Prozent liegen.

Insgesamt änderte die Regierung Kohl seit Mitte der 80er Jahre die gesetzliche Grundlage für die Statistik siebenmal. Längst nicht alle, die gern arbeiten möchten, aber keinen Job fanden, wurden als Arbeitslose registriert. Erstmals nahm das Arbeitskräfteangebot im Westen aufgrund der demographischen Entwicklung und des nachlassenden Zuwanderungsdrucks ab. Diese Entwicklung schlug sich in der Arbeitslosenstatistik nieder und reduzierte die Arbeits-losenzahl im Laufe dieses Jahres etwa um 100.000 bis 140.000.

Zusammen hätten diese Effekte die Zahl der Arbeitslosen um rund 150.000 bis 190.000 reduziert. Die im bisherigen Jahresverlauf gesunkene Arbeitslosigkeit war damit nur zum geringeren Teil mit der konjunkturellen Belebung erklärbar. Rund die Hälfte bis zwei Drittel dieses Rückgangs waren auf die Abnahme des Arbeitskräfteangebots und die neuerlichen statistischen Korrekturen zurück zu führen. Zugleich trug die Ausweitung der Arbeitsförderung zur Entlastung bei. Das Arbeitsplatzdefizit müsste auf insgesamt 6,5 bis 7 Millionen veranschlagt werden. Die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit machte nur gut die Hälfte der Unterbeschäftigung aus.

Bei der Bundestagswahl am 27.09.1998 löst Gerhard Schröder Helmut Kohl als Kanzler ab.

Wahlergebnis für Papenburg	Bundestag 1998	
CDU	40,4 %	7.966
SPD	**43,2 %**	**8.506**
FDP	9,8 %	1.933
Grüne	3,3 %	646
Sonstige	3,3 %	647

Oktober 1988

„Wahlergebnis stärkt SPD im Kreistag“

Kreisvorstand analysiert Urnengang

Emsland

Erfreut zeigten sich die emsländischen Sozialdemokraten auf ihrer Kreisvorstandssitzung über das Wahlergebnis zur Bundestagswahl. Zehn Prozent in der Einheitsgemeinde Rhede, Samtgemeinde Hümmling, Samtgemeinde Dörpen und der Stadt Papenburg seien ein eindeutiges Signal.

Es sei gelungen, in die traditionellen Wählerschichten der CDU einzubrechen. Dies bedeute die realistische Möglichkeit, bei der nächsten Kommunalwahl im Jahr 2001 diesen Trend fortzusetzen und auch dann Ergebnisse von über 30 Prozent zu erreichen, so Heinz Dirksen und Peter Raske – Mitglieder des SPD-Kreisvorstandes. Diese waren sich einig, daß das Hauptthema „Arbeitslosigkeit“ eine entscheidende Rolle gespielt habe. Aber auch der Einsatz von Gerhard Schröder mit seiner Förderung der emsländischen Wirtschaft am Beispiel des Emssperrwerks habe sicherlich entscheidend zu dem Ergebnis beigetragen.

Mit Monika Heubaum (Wietmarschen) und Reinhold Robbe (Bunde) sind jetzt zwei kompetente und engagierte Vertreter der emsländischen Region im neuen Bundestag vertreten, die nach Ansicht der SPD in Zukunft eine wichtige Adresse in Bonn sein werden, wenn es um emsländische Anliegen und Interessen geht. Dies stärke auch in Zukunft die Arbeit der SPD in den kommunalen Parlamenten – insbesondere im Kreistag.

Sonntags Report 22.10.1998

Sonntags Report 18.10.1998

SR-Umfrage: Wie krank sind die Deutschen wirklich?

„Angst um den Arbeitsplatz“

Papenburg. Die Deutschen werden immer fleißiger. So jedenfalls ließe sich eine Meldung der vergangenen Woche interpretieren, die besagt, daß die Fehlzeiten im Krankheitsfall weiter gesunken seien. Verschiedene Krankenkassen vermeldeten, daß ihre Mitglieder 1997 in Westdeutschland durchschnittlich 18 Kalendertage, in Ostdeutschland nur 17 Tage arbeitsunfähig gemeldet gewesen seien.

Dabei ginge der Krankenstand in allen Branchen zurück. Große Unterschiede gebe es zwischen den Bereichen mit körperlich schwerer Arbeit und ungünstigen Witterungseinflüssen und Sparten wie etwa Dienstleistungen, Handel und Banken. Das Land Niedersachsen weise nach Auskunft der AOK mit 4 Prozent den günstigsten Wert auf. Bei rund 30 Prozent der Fälle handele es sich um Kurzzeitfälle mit bis zu drei Tagen. Den höchsten Krankenstand gebe es in den Stadtstaaten Berlin (6,7 Prozent) und Bremen (6,3 Prozent). Aber worin liegt dieser Rückgang begründet ? Ist es auch auf das Heer der Arbeitslosen zurückzuführen, das dem Arbeitgeber als Druckmittel gegen kranke Mitarbeiter dient? Der *SonntagsReport* hat drei unterschiedliche Interpretationen eingeholt. fk

„Die Angst um den Arbeitsplatz verleitet die Arbeitnehmer dazu, ihre Krankheit nicht vollständig auszukurieren“, sagt **Clemens Bollen**, Bevollmächtigter der IG Metall für Leer und Papenburg. Oftmals werde sich über eine schnelle Medikation eine rasche Besserung erhofft. Dies sei gerade bei Verschleißerkrankungen langfristig gefährlich. Durch Druck und Streß habe sich auch das Krankheitsbild geändert. Zu einer zusätzlichen Verunsicherung der Arbeitnehmer führen zudem die Krankenrückkehrgespräche, die oftmals von Disziplinarvorgesetzten geführt würden. Die Tatsache, daß krankheitsbedingtes Fehlen schon als Luxus angesehen werde, sei auf Dauer für die Gesellschaft schädlich.

Insgesamt beliefen sich sich 1997 die Fehltage auf 561 Millionen und die volkswirtschaftlichen Kosten der Produktionsausfälle im Jahr auf rund 77 Milliarden Mark. Gründe für den Rückgang des Krankenstandes sieht **Anton Abheiden** von der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Papenburg in den Rückkehrgesprächen. „Außerdem wird gerade in Großbetrieben viel getan, um die gesundheitlichen Aspekte eines Arbeitsplatzes zu verbessern.“ Dies könne angesichts der Bedeutung der krankheitsbedingten Fehltage für die deutsche Wirtschaft gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. In Kooperation mit den Berufsgenossenschaften unterstütze man deshalb die Betriebe bei der Verhütung von Gesundheitsgefahren.

Für **Peter Raske**, den stellvertretenden SPD-Kreisvorsitzenden, spielt die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle keine Rolle. „Ausschlaggebend für die Verringerung der Krankenstände ist einerseits die hohe Arbeitslosigkeit und die Furcht vor Entlassungen“. Das bewiesen Zahlen aus den neuen Bundesländern. Krankheiten würden verschleppt. Dies wäre für die Krankenkassen wesentlich teurer. Andererseits hätten Gewerkschaften und Betriebsräte verantwortungsbewußt an Maßnahmen mitgewirkt, die krankheitsbedingte Abwesenheit zu senken. Er hoffe, daß die neue rot-grüne Regierung die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle schnellstens gesetzlich auf ihr früheres Niveau anhebe.

November 1998

„Erste Demo, die im Rathaus willkommen ist“

Elternschaft und Erzieher protestierten

Von Klaus Dieckmann

Papenburg

„Das ist die erste Demo, die wir in diesem Hause herzlich willkommen heißen.“ Mit diesen Worten empfing Papenburgs Bürgermeister Ulrich Nehe gestern im historischen Sitzungssaal des Rathauses Vertreter von Elternschaft und Kindertagesstätten, die gegen die geplanten Einschnitte des Landes bei den Kindergärten demonstrierten. Mit rund 5000 Protestschreiben im Gepäck hatten sich um die 200 Eltern, Jungen und Mädchen sowie Mitarbeiter der Kindergärten in der Stadt den Weg in den Saal gebahnt.

Schrille Töne aus Trillerpfeifen kündigten die Demonstranten an. Auf den mitgeführten Transparenten und Plakaten war unter anderem zu lesen: „Politiker haben kein Herz für Kinder“, „Hunde brauchen mindestens zwei Quadratmeter zum Leben, sonst Anzeige – und Kinder?“ und „An Kindern nicht sparen“. Die pädagogischen Mitarbeiter unterstrichen: „Wir sind Fachkräfte“, „Vier Jahre Ausbildung – und was dann?“.

Nachdem in der drangvollen Enge des Sitzungssaales Ruhe eingekehrt war, sah sich Ulrich Nehe eigentlich „als der falsche Adressat“ der Protestbriefe, da die Stadt ihr „Soll“ bei den Kindergärten erfüllt habe. Doch der Bürgermeister versprach, die Schreiben entgegenzunehmen und an das Land Niedersachsen weiterzuleiten, um den „Verursacher zu packen“.

Nochmals eine Lanze für das Anliegen der Demonstranten brach Petra Behnes vom emsländischen Kreiselternrat der Kindergärten. Die Einrichtungen seien keine „Aufbewahrungsstätten“, vielmehr würden Jungen und Mädchen in den Kindergärten zu Kreativität angeleitet und in ihrer persönlichen Entwicklung gefördert. Eindeutig verwahrte sie sich gegen die geplante Senkung der Standards und kündigte an, daß die Aktion beim Papenburger Rathaus erst der Auftakt für weitere Protestveranstaltungen sei.

Geplant ist nach Darstellung von Frau Behnes am 30.

5000 PROTESTSCHREIBEN übergaben Elternvertreter (von links) Bürgermeister Ulrich Nehe, CDU-Landtagsabgeordnetem Bernd Busemann und stellvertretender Bürgermeisterin Ursula Mersmann.

Ems-Zeitung 20.11.1998

November eine große Demonstration mit verschiedenen Aktivitäten. Wie Pastor Martin Trimpe von der St.-Antonius-Kirchengemeinde ergänzte, wird am Vormittag ein Sternmarsch von den Kindergärten zum Rathaus stattfinden. Dort solle ein Pfahl gesetzt werden mit den Namensschildern der Tagesstätten als Symbol für den gemeinsamen Protest.

„Es muß weiter Druck auf dem Kessel bleiben", empfahl CDU-Landtagsabgeordneter Bernd Busemann. Am 16. Dezember stehe der Etat in Hannover zur ersten Lesung an.

„Es muß weiter Druck auf dem Kessel bleiben"

Endgültig Fakten geschaffen werden jedoch erst im März. „Bis dahin kann sich noch einiges bewegen", sah er das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Harsche Kritik richtete Busemann an die Adresse der SPD-Landesregierung. Es sei ein „gemeines Spiel, das hier abläuft", sagte der CDU-Politiker. Da man den Ärger auf Landesebene nicht haben wolle, wälze man die Entscheidung über die (personelle) Ausstattung der Kindergärten auf die Kommunen ab. „Doch wir lassen das Land nicht aus der Verantwortung", ermutigte Busemann die Bürger zu weiteren Protesten gegen Veränderungen im Kita-Gesetz.

Die gestrige Aktion ging auf eine Initiative des Papenburger Stadtelternrates der Kindergärten zurück. Angestoßen worden sei das Schreiben von „Serienbriefen" vor gut einer Woche, berichtete die Vorsitzende des Elterngremiums, Regina Gabriel. Bei den Schreiben handele es um mehrere Versionen, in denen negative Aspekte der geplanten Sparmaßnahmen aufgezeigt würden.

Kritisch angemerkt wurde seitens der Demonstranten das Fehlen von Repräsentanten aus den Reihen der SPD. Entschuldigt hatte sich dem Vernehmen nach stellvertretender Bürgermeister Roland Seemann, und krank meldete sich per Fax der Landtagskandidat der Sozialdemokraten Peter Raske. In der Mitteilung schreibt Raske unter anderem: „Die Landesregierung beabsichtigt, eine langjährige Forderung der Städte, Landkreise und Gemeinden umzusetzen, die Entscheidung über die Ausgestaltung der Kindergärten in deren Zuständigkeit zu belassen. Viele der CDU-regierten Kommunen auch im Emsland haben dies vehement gefordert. Wenn jetzt Ängste bestehen, daß die Standards verschlechtert werden, so ist dies auch ein Zeichen für mangelndes Vertrauen in die CDU-Kommunalpolitik."

DRANGVOLLE ENGE herrschte im historischen Sitzungssaal des Papenburger Rathauses, in den sich die Demonstranten den Weg gebahnt hatten.

Ems-Zeitung 20.11.1998